

Beginn: 10:00 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen zu unserer – heutigen – 65. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in dieser Legislaturperiode.

(Unruhe)

Mein Gruß gilt auch den Gästen oben auf der Besuchertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Für die heutige Sitzung haben sich **18 Abgeordnete entschuldigt**; die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Ich weise darauf hin, dass die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragt haben, vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung gemäß § 20 Abs. 3 Satz 1 unserer Geschäftsordnung zu beschließen, diese um einen Tagesordnungspunkt 2 – neu – „Viertes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes“ Drucksache 18/7534 zu ergänzen. Die Aussprache zu diesem neuen Tagesordnungspunkt soll im Rahmen einer Block-I-Debatte geführt werden.

Der ursprünglich als Tagesordnungspunkt 2 vorgesehene Antrag „Der Bund muss die Bedeutung der Batterieforschung in Nordrhein-Westfalen für die Bundesrepublik Deutschland anerkennen und zukunftsfähig aufstellen“ Drucksache 18/9127 soll als neuer Tagesordnungspunkt 8 behandelt werden.

Gemäß § 20 Abs. 3 Satz 1 unserer Geschäftsordnung kann der Landtag vor Eintritt in die Tagesordnung beschließen, diese zu ergänzen. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um eine Entscheidung, die der Landtag mit Mehrheit trifft. Vor diesem Hintergrund frage ich, ob zu dem Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung das Wort gewünscht wird. – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich lasse dann über diese Ergänzung der heutigen Tagesordnung abstimmen. Wer dieser Ergänzung der heutigen Tagesordnung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 2 – neu – sowie um den Tagesordnungspunkt 8 ergänzt. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

(Anhaltende Unruhe)

Ich rufe auf:

1 Droht NRW eine Haushaltssperre?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9230

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 11. Mai gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Bevor ich dem Kollegen Dahm das Wort erteile, bitte ich Sie, den Lärmpegel etwas zu reduzieren, damit Kollege Dahm seinen Redebeitrag leisten kann. – Bitte schön.

Christian Dahm (SPD): Guten Morgen. – Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen konnten wir den Medien entnehmen, dass die Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen offenbar sehr angespannt ist und der Finanzminister nicht müde wird, darauf hinzuweisen, dass er staatliche Leistungen auf den Prüfstand stellen will, um in diesem Jahr noch die finanziellen Spielräume zu erhalten.

Medienberichten zufolge fehlen Ihnen, Herr Dr. Optendrenk, derzeit offenbar 1 Milliarde Euro im Haushalt. Wir sind der Auffassung, der Minister muss diese dramatische Situation hier heute Vormittag erläutern und darlegen, wo er sparen und wo er kürzen will. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Anrecht darauf, das zu erfahren, und vor allen Dingen erwartet es das Parlament.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Herr Optendrenk, wenn die Haushaltslage so dramatisch ist, hätten wir von Ihnen erwartet, dass Sie das Parlament von sich aus unterrichten.

Meine Damen und Herren von CDU und Grünen, als Sie den Haushalt verabschiedet haben, waren der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst bereits bekannt und vereinbart und die Besoldungsentwicklung bereits absehbar. Die Erwartung zur Konjunkturentwicklung war zu diesem Zeitpunkt schlechter, als sie sich jetzt darstellt: Sie haben von Januar bis April dieses Jahres über 1 Milliarde Euro mehr Steuereinnahmen als im Vergleichszeitraum des letzten Jahres 2023 gehabt.

Trotzdem fliegt Ihnen jetzt, wenige Monate nach dem Beschluss des Haushaltes im Dezember, Ihr Haushalt um die Ohren. Das hat nichts mit Konjunktur zu tun. Das hat nichts mit dem Tarifabschluss zu tun. Das hat alleine etwas mit Ihrer schlechten Planung der Haushaltsaufstellung zu tun.

(Beifall von der SPD und der FDP – Verena Schäffer [GRÜNE]: Das ist unglaublich!)

Diese schlechte Planung führt jetzt dazu, dass schon kurz, nachdem der Haushalt verabschiedet wurde, der Rotstift angesetzt wird. Ihr Haushalt ist heute, Mitte Mai, schon Makulatur. Aus den Gerüchten des Ressorts und hier im Landtag verdichtet sich der Hinweis, dass Sie im laufenden Haushalt sogar 5 Milliarden Euro einsparen wollen. Ich bin gespannt, Herr Minister, wie Sie das gleich hier erklären werden.

Schauen wir uns das mal im Einzelnen an: Anfang März erklärt Ministerin Gorißen den Stopp für die Wiederbewaldungsprämie. Die Waldbauern laufen Sturm. Später heißt es: Alles ein Missverständnis; wir haben nur Kassensturz gemacht. – Die Ministerin ist heute Morgen nicht da,

(Zurufe von der CDU: Sie kommt!)

aber ich sage an dieser Stelle: Frau Ministerin Gorißen, das glaubt Ihnen doch keiner. Wer das glaubt, geht auch in den Wald, um sich von den Tannen ein Pils zapfen zu lassen.

(Beifall von der SPD und der FDP – Silke Gorißen, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, nimmt auf der Regierungsbank Platz.)

Die Kulturministerin erklärt vorgestern in einem Interview der NW – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Wir wissen aktuell selbst noch nicht, wie sich die allgemeine Finanzlage auf die Kulturangebote in den Kommunen auswirken wird.“

Wenn Sie es nicht weiß, wer soll das denn sonst wissen? Keinen Überblick, keinen Plan in diesem Ressort!

(Beifall von der SPD und der FDP)

Im Justizministerium sollen derzeit keine Beförderungstellen ausgeschrieben und 300 Ausbildungsstellen abgesetzt werden. Die Digitalisierung wird gestoppt, und das bei den Zukunftsthemen dieses Landes. In dem Haus fehlen bereits heute 260 Richter und Staatsanwälte. Das ist ein Unding!

(Beifall von der SPD und der FDP)

Im Innenministerium stellte die Beauftragte des Haushalts bereits Anfang März ausdrücklich die Auskömmlichkeit der Finanzmittel infrage, und sie will rasant um 10 % kürzen. Für Sie sind das noch viele Monate bis zum Ende des Jahres, meine Damen und Herren.

Ich stelle fest, dass das Innenministerium besonders kreativ ist, denn es gibt konkrete Vorschläge: keine Getränke und Speisen bei Dienstbesprechungen, Dienstreisen nur noch mit ÖPNV und Dienstfahrrad.

(Zuruf von der CDU)

Give-aways sollen nur noch ausgegeben werden, wenn das unbedingt nötig ist.

Aber mal ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Wollen Sie mit weniger Häppchen und Radfahren 10 % des Haushaltsvolumens einsparen?

(Sven Wolf [SPD]: Ja!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, meine Damen und Herren insbesondere von der CDU: Vor ein paar Jahren gab es auch unter Rot-Grün eine schwierige finanzielle Lage gab. Der damals zuständige Finanzminister ist damit verantwortungsbewusst und transparent umgegangen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie hatten damals nichts Besseres zu tun, als Häme über dieses Land auszuschütten, und stellten Sprudelwasser vor die Staatskanzlei.

(Unruhe)

Machen Sie sich keine Sorgen. Wir werden keine Teller mit Plätzchen vor die Tür der Staatskanzlei stellen, und wenn Sie den Kaffeefilter zweimal durchlaufen lassen müssen, werden Sie von uns kein Gelächter hören. Dazu ist die Lage viel zu ernst. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen aber von Ihnen und insbesondere vom Minister heute Morgen hören, wo Sie das Geld einsparen wollen. Wo zwacken Sie Geld ab? Soll es weniger Streifenwagen geben? Wollen Sie weniger Präventionsarbeit und weniger Geld für Bildung, Kitas und Sonstiges? Auf was müssen wir uns, auf was müssen sich die Menschen in diesem Land einstellen?

Herr Minister, Sie haben noch im November der Ampel vorgeworfen, man hätte von Anfang an versuchen sollen, ein solide gegenfinanziertes Konzept aufzustellen, das nicht wie ein Kartenhaus zusammenfällt. Heute frage ich Sie, Herr Minister: Ist das Ihr Verständnis von „solide“?

Sie haben in den vergangenen Haushaltsverhandlungen so gerne Steine auf die Ampel geworfen. Ich glaube, dass Sie heute selbst im Glashauss sitzen. Sie brauchen kein Bundesverfassungsgericht, das Ihren Haushalt zerschießt, das schaffen Sie ganz allein.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Regierung hat die Altschuldenlösung vor die Wand gefahren. Diese Regierung weigert sich, den Rechtsanspruch auf Ganztags vernünftig umzusetzen. Diese Regierung schafft es nicht, den Belastungsausgleich der Kommunen bei der U3-Betreuung vorzunehmen. Diese Regierung schafft es nicht, die Kita-Finanzierung vernünftig auf die Beine zu bekommen. Diese Regierung

schaft es nicht, das Startchancen-Programm umzusetzen. Das gefährdet das für Nordrhein-Westfalen ganz wichtige Programm an dieser Stelle.

(Beifall von der SPD)

Fakt ist doch, dass Sie bereits im Oktober wussten, dass Ihr Haushalt gnadenlos unterfinanziert ist. Sie haben es doch auch schon beim Haushalt 2023 gar nicht hinbekommen, einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen. Damals haben Sie noch schnell eine Notlage erklärt und unzureichend begründet, und Sie haben noch schnell 4,1 Milliarden Euro aus dem Coronasondervermögen aufgenommen, um Ihre politischen Ziele umzusetzen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das stimmt doch nicht!)

All das ist noch beim Landesverfassungsgericht anhängig, und ich bin gespannt, was das Gericht Ihnen ins Buch schreibt.

Herr Minister, ich schätze Sie persönlich sehr; immer zuvorkommend und freundlich. Am Montag waren Sie noch der Überzeugung, dass Plätzchen ausreichen, und was der Innenminister hier vornimmt – gut. Ob das den Gesamthaushalt richten wird – bitte. Ich sage an dieser Stelle: Wenn das Fell vier Beine hat und bellt, klingt das für mich trotzdem nach einem Hund.

(Heiterkeit von Sven Wolf [SPD])

Da können Sie noch so sehr behaupten, dass es eine Ente ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dahm. – Für die CDU spricht ihr Abgeordneter Herr Vossemer.

Klaus Vossemer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter Kollege Dahm, schön, dass Sie es auf den Punkt gebracht haben. Das ist keine Aktuelle Stunde, sondern es ist eine Therapiestunde zur Traumabewältigung Ihrer ehemaligen Landesregierung.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Hannelore Kraft war vor zehn Jahren die Schuldenkönigin. Ihre Regierung hat bundesweit Hohn und Spott geerntet, weil sie Gästen im Zuge einer Haushaltssperre nur Leitungswasser anbieten konnte. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, große Sorge haben, dass Sie dieser Sparzwang noch einmal einholen könnte. Diese Zeiten sind aber vorbei. Ich kann Sie beruhigen, meine Damen und Herren: Diese Zeiten kommen nicht wieder.

(Zuruf von der SPD: Ein begnadeter Redner!)

Was ist konkret passiert? Kurz vor der Veröffentlichung der bundesweiten Steuerschätzung hat unser Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk die nordrhein-westfälische Landesregierung weitsichtig auf sparsame Zeiten eingestimmt. Die Steuereinnahmen sind von der wirtschaftlichen Lage abhängig; sie liegen nur bedingt in unserem Einflussbereich. Zudem ist die Konjunkturpolitik in unserem staatlichen Gefüge in allererster Linie die Aufgabe des Bundes.

Ändern könnte man daher den Kurs der Ampel, der auch unsere Wirtschaft lähmt, weil die Bundesregierung weiterhin Antworten auf drängende Fragen schuldig bleibt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD – Glocke)

Nach der Konjunkturprognose der Bundesregierung dürfte das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr bundesweit nur 0,3 % betragen. Geplant hat die Landesregierung aber auf einer Grundlage von 1,3 %, wie sie damals von der Bundesregierung prognostiziert war. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet das über den Daumen gepeilt rund 1 Milliarde Euro weniger Steuereinnahmen.

Die gestern von Bundesfinanzminister Lindner präsentierten Zahlen deuten ebenfalls in diese Richtung. Mit größerer Gewissheit werden wir das aber erst mit der regionalisierten Steuerschätzung wissen, die wir in der kommenden Woche erhalten.

Was jedoch heute schon klar ist und worauf sich die Landesregierung vorbereitet – auch das gehört zu einem verantwortungsvollen Handeln –, ist ein umsichtiger Kurs für den Haushaltsvollzug 2024 und für die Haushaltsaufstellung 2025. Das wird die gesamte Landesregierung leisten müssen.

Je nach Betrachtung sind rund 80 % bis 90 % des Landeshaushalts durch Pflichtaufgaben gebunden. Bei den Polizisten, bei den Lehrkräften und bei der Finanzierung der Kommunen wird sicherlich niemand sparen wollen, auch wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, den Menschen in unserem Land etwas anderes suggerieren wollen.

Ein verantwortungsvoller Umgang bedeutet vielmehr, dass variable Ausgaben im Hinblick auf das Prinzip von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden, bevor sie getätigt werden. Das gilt übrigens nicht nur für dieses, sondern für jedes Jahr, denn wir haben dieses Prinzip in § 34 unserer Landeshaushaltsordnung festgeschrieben.

Dieser verantwortungsvolle Umgang ermöglicht uns auch, in unseren Schwerpunktbereichen „Bildung“, „industrieller Wandel“ und „innere Sicherheit“ weiterhin eine wichtige Arbeit für die Menschen unserem Land zu leisten.

Wir machen Investitionen in die Zukunft unseres Landes weiterhin möglich. Das Thema „Kinder und junge

Leute“ wird auch zukünftig ein zentraler Schwerpunkt der nordrhein-westfälischen Landespolitik sein. Die Eingangsbesoldung für Lehrerinnen und Lehrer in Grundschulen wird stufenweise auf A13 angehoben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Mehrere Tausend zusätzliche weitere Lehrkräfte haben wir bereits in die Schulen gebracht. 3.000 junge Leute werden wir für den Nachwuchs bei der Polizei einstellen – wie jedes Jahr.

Wir helfen der Wirtschaft, den Pfad der Dekarbonisierung zu beschreiten, beispielsweise mit der größten Einzelförderung in der Geschichte des Landes: 700 Millionen Euro für thyssenkrupp. Wir haben Prioritäten gesetzt, und diese Prioritätensetzung bleibt auch zukünftig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich halte fest: Es passiert nichts Außergewöhnliches. Auf der Grundlage des vom Landtag beschlossenen Haushalts wird weiterhin gearbeitet. Eine wirtschaftliche und sparsame Bewirtschaftung ist ein Grundsatz der Haushaltsführung, den wir auch in diesem Jahr beachten.

In diesem Kontext ist auch das in dem Antrag angesprochene Vorgehen des Innenministeriums einzuordnen: ein völlig üblicher Bewirtschaftungsvermerk, der diese Haushaltsprinzipien von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in Erinnerung ruft. Es ist kein Zeichen von Inkompetenz, wenn die nordrhein-westfälische Landesregierung sich vorzeitig kümmert, sondern ein Zeichen von Verantwortung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Ministerinnen und Minister werden sich natürlich mit der Frage der Sparsamkeit befassen müssen. Doch daran wird schon jetzt planvoll und mit Weitsicht gearbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der deutsche Wissenschaftler Walter Jakoby hat einmal den klugen Satz gesagt:

„Verantwortung kann nicht geteilt, aber gemeinsam getragen werden.“

Unser Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk ist vom Fach und in der Lage, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Aufgrund der derzeitigen Situation besteht keine Notwendigkeit für eine Haushaltssperre.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Doch es braucht natürlich ein vorausschauendes und weiterhin verantwortungsvolles Handeln der gesamten Landesregierung. Wir müssen hier mit den konjunkturellen Rahmenbedingungen des Bundes umgehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, hier wäre Ihre konstruktive Mitarbeit gefragt, statt völlig übliche Verwaltungsvorgänge politisch motiviert in Schreckensszenarien umzuwandeln.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Die nordrhein-westfälische Landesregierung agiert weiterhin mit Weitsicht und ist sich ihrer Verantwortung sehr bewusst. Dies könnte auch ein Vorbild für so manche hier im Plenum sein. – Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Vossemer. – Für die FDP spricht ihr Fraktionsvorsitzender Herr Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geht der Landesregierung im laufenden Jahr das Geld aus? Diese Frage steht aktuell im Raum aufgrund einiger Medienberichte über Vorgänge in den Ministerien, die öffentlich geworden sind.

Einmal mehr zeigt sich: Die Haushaltspolitik ist eine Achillesferse dieser schwarz-grünen Koalition. Hier regiert in haushaltspolitischen Fragen das Prinzip Hoffnung, und hier regiert leider nicht der Treuhänder der Steuerzahler.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Sie waren bei der Haushaltspolitik von Anfang an unseriös. Von Anfang an fehlte eine solide Planung. Von Anfang an wurde bei dieser Landesregierung getrickst. Und von Anfang an haben Sie so Vertrauen verspielt. Immerhin blieben Sie sich dabei aber treu.

Das Sondervermögen und die Trickserien sind gerade schon angesprochen worden. Dann Tricks beim Pensionsfonds, bei den Selbstbewirtschaftungsmitteln. Das alles rächt sich jetzt. Ihr Haushalt droht bei kleinsten konjunkturellen Veränderungen, bei kleinsten Veränderungen der Rahmenbedingungen auseinanderzufallen – trotz dieser Tricks. Das zeigt: Die schwarz-grüne Haushaltspolitik ist auf Sand gebaut, und das ist schlecht fürs Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Es ging los schon vor wenigen Wochen mit dem Förderprogramm bei den Waldbauern – das ist angesprochen worden. Da brauchte man von jetzt auf gleich einen Kassensturz. Jetzt geht es weiter mit den internen Hinweisen in den Ministerien zum Sparen, mal eben die 10 %.

Die Polizei soll doch bitte ein bisschen mehr Fahrrad fahren und den Streifenwagen stehenlassen. Die Give-aways sollen von der Landesregierung bei ihren Veranstaltungen nicht so freizügig herausgegeben werden. Digitale Kommunikation solle man prüfen statt einer Dienstreise.

Meine Damen und Herren, wen wollen Sie denn damit hinter die Fichte führen? Das ist doch nicht Haushaltspolitik! Das ist peinlich! Das ist Verzweiflung, was wir hier sehen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Dabei meiden Sie das Wort „Haushaltssperre“ wie der Teufel das Weihwasser.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie verhalten sich aber in manchen Teilbereichen so. Wer schon ein bisschen länger dabei ist, erinnert sich an Bodo Löttgen, der Mineralwasserkisten vor die Staatskanzlei stellte. Lieber Kollege Bodo Löttgen, ich mache Ihnen ein Angebot: Wenn es wirklich hart auf hart kommt, dann werde ich persönlich mit Bodo Löttgen zusammen – ich lade ihn ein – einen Sprinter mieten und zur Staatskanzlei, zum Finanzministerium Mineralwasser und von mir aus auch ein paar Plätzchen bringen. Daran soll es nun wirklich nicht scheitern.

(Beifall von der FDP und der SPD – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Aber mit Lastenfahrrad! – Weitere Zurufe)

Vielleicht macht er ja mit. Die Wahrheit ist: Sie können nicht mit Geld umgehen. Anstatt sich hier um den Kern Ihrer Aufgaben zu kümmern,

(Zurufe von der CDU und den GRÜNEN – Glocke)

verlieren Sie an anderen Stellen viel Kraft. Die stellvertretende Ministerpräsidentin überlegt: Brauchen wir eigentlich noch die Schuldenbremse? Der Finanzminister widerspricht dann. Egal übrigens, wie man zur Schuldenbremse steht – Sie wissen, die Freien Demokraten stehen dazu –, es gibt heute keine Aussicht auf Mehrheit, das zu verändern.

Insofern kann ich nur sagen: Verschwenden Sie für eine solche Debatte keine Kraft, sondern kümmern Sie sich um das, was hier wirklich unser Problem ist. Und unser Problem ist nicht die Schuldenbremse, unser Problem sind auch nicht zu niedrige Steuereinnahmen oder gar zu niedrige Steuersätze,

(Widerspruch von Simon Rock [GRÜNE])

unser Problem in Deutschland ist eine veritable Wachstumsschwäche in der Wirtschaft.

(Zurufe von der CDU)

Wir brauchen eine neue Wirtschaftspolitik in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Dass sich jetzt die Union meldet, 16 Jahre schwarzer Mehltau auf der Wirtschaftspolitik, die totale Abhängigkeit von russischem Gas: Ihre Kanzlerin trägt dafür doch die hauptsächliche Verantwortung!

(Beifall von der FDP – Zurufe von der CDU)

Ihre Kanzlerin! Dann stellt sich der Kollege Vossemer hier hin und sagt: Verantwortung kann man nicht teilen, man muss sie tragen. – Herr Kollege Vossemer,

(Unruhe – Glocke)

ich lache mich kaputt! Wenn diese Landesregierung überhaupt Verantwortung trägt, dann zur Post, um sie nach Berlin zu schicken. Sie wollen ja gar keine Verantwortung tragen. Es sind immer die anderen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Nordrhein-Westfalen ist von den aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen besonders betroffen. Darum müsste Nordrhein-Westfalen auch besondere eigene Initiativen zeigen, aber da ist überhaupt gar nichts zu sehen. Sie tragen die rote Laterne in diesem Land, und das ist Ihre Verantwortung. Sie haben keinerlei Idee, wie man damit wirtschaftspolitisch umgehen sollte.

Dann nennt der Kollege Vossemer die Förderung für thyssen. Ich weiß nicht, wo Sie gestern während der Debatte waren, aber das Beispiel thyssen ist das beste Beispiel dafür, dass man Wettbewerbsfähigkeit nicht herbeisubventionieren kann und dass man Arbeitsplätze auf Dauer nicht nur mit einer Einzelförderung erhalten kann. Sie haben doch die Nachrichten aus Duisburg und Umgebung gehört. Die Menschen dort sorgen sich jetzt um ihre Arbeitsplätze. Da kann es nicht um die eine Förderung gehen. Sie haben sich dafür gerade noch auf die Schulter geklopft und gesagt: Das war super. Wir machen doch etwas. – Fahren Sie einmal nach Duisburg und fragen Sie, ob es den Leuten reicht. Fragen Sie, ob das zukunftsfähig ist und zu einer zukunftsfähigen Aufstellung führt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Was war denn mit den ganzen anderen Beispielen aus Nordrhein-Westfalen? Was ist denn mit den Nokias dieser Welt? Haben die Subventionen da geholfen, oder ging es eigentlich um beste politische Rahmenbedingungen. Ich zitiere Stefan Laurin aus dem Cicero:

Die Wahrheit ist: Die Stahlarbeiter erleben ihr grünes Wunder, ihr grünes wirtschaftspolitisches Wunder.

Darum bleibt richtig, was ich hier schon oft gesagt habe. Mona Neubaur hat plakatiert: Erlebe dein grünes Wirtschaftswunder. – NRW ist zwei Jahre nach Mona Neubaur im Wirtschaftsministerium Schlusslicht in der deutschen Wirtschaftspolitik. Dieser Spruch war kein Versprechen, sondern eine Drohung, und die wird von dieser Landesregierung leider wahr gemacht.

(Beifall von der FDP)

Auf diese wirtschaftspolitische Lage antworten Sie mit keinerlei eigenen Initiativen, mit keinerlei eigenen Ideen. Talfahrt in der Baubranche, Auslandsinvestitionen auf rekordniedrigem Niveau – nichts kommt,

keine Vorschläge aus dem Industrieland Nummer eins. Die Geräuschlosigkeit, die Sie sich selber vereinbart haben, schadet uns, weil Sie auch bei der Wirtschaftspolitik geräuschlos sind. Das einzige, was schwächer ist als das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen, ist die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsministerin von den Grünen.

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen dringend ein wirtschaftspolitisches Reformpaket und einen Neuanfang. Dafür brauchen wir den Bund, dafür braucht es aber auch die Länder, insbesondere das Industrieland Nummer eins. Daran sollten Sie sich beteiligen. Sie sind abgelenkt von Ihren eigenen haushaltspolitischen Diskussionen und von Ihrem ständigen Fingerzeig nach Berlin. Verantwortung trägt hier von Ihnen keiner.

Sie wollen Landespolitik zu einer nachgeordneten Verwaltungseinheit des Bundes machen. Das haben sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes allerdings anders ausgedacht. Etwas mehr Selbstbewusstsein, etwas mehr eigene Ideen und etwas mehr echte Verantwortung – das braucht dieses Land. Das müssen wir Ihnen von der Regierung ins Stammbuch schreiben.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Höne. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Fraktionsvorsitzende Frau Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen: Über die Irritation der SPD zur Haushaltslage bin ich irritiert. Ausnahmsweise muss ich Christian Lindner recht geben; das kommt sehr selten vor. Er hat seine Pressekonferenz gestern mit folgenden Worten eingeleitet: Das kann eigentlich niemanden überraschen. – Da kann ich dem Bundesfinanzminister nur zustimmen. Auch schon vor der Steuerschätzung gestern hätte man Schlagworte wie „geringeres Wirtschaftswachstum“ oder „Einsparnotwendigkeiten auf Bundesebene“ durchaus schon einmal wahrnehmen können.

Ich kann nur sagen: Schade, dass diese Debatten hier nicht empörungssteuerpflichtig sind, denn dann sähe der Landeshaushalt anders aus, und wir hätten mehr Spielräume.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Aber Spaß beiseite. Über die Herausforderungen, vor denen wir stehen, haben wir schon oft gesprochen. Die Krisen überlappen sich: die Coronakrise, die Klimakrise, und – ich will das noch einmal betonen – es herrscht Krieg – mitten in Europa.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Unsere Solidarität mit den Menschen in der Ukraine ist ungebrochen. Die Ukraine verteidigt auch für uns Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Wer aber meint, dass dieser Krieg spurlos an uns vorbeigehen würde, der irrt sich gewaltig. Die lange Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland kommt uns aktuell teuer zu stehen. Wir tun alles, um die Energiewende anzuschieben. Da sind wir durchaus erfolgreich.

Dazu kommen aber weitere Versäumnisse aus der Vergangenheit: ein demografischer Wandel, der seit Jahrzehnten zuverlässig vorhergesagt und in den Schulen gelehrt wird, einen Fachkräftemangel, der sich daraus ergibt und jahrzehntelang einfach ignoriert wurde. Diesen Fachkräftemangel gehen wir jetzt an. Trotzdem merken wir ihn in allen Bereichen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dazu kommt ein gigantischer Investitionsstau, der sich in bröckelnden Brücken und Straßen, in einer maroden Bildungsinfrastruktur und in einer dringenden Notwendigkeit der energetischen Gebäudesanierung ausdrückt. All das steht uns als Investitionsnotwendigkeiten bevor.

Sich dann als FDP hier hinzustellen und von der wirtschaftlichen Lage zu sprechen, da muss ich einfach sagen: Lieber Henning Höne, die gelieferte Analyse ist reichlich unterkomplex.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Es ist einfach unterkomplex, weil die Ursache in den jahrzehntelangen Versäumnissen und energiepolitischen Fehlentscheidungen liegt.

(Marcel Hafke [FDP]: Unterkomplex ist, was die Regierung macht!)

Es ist unterkomplex, weil es dringend mehr Spielraum für Investitionen geben müsste, die auf Bundesebene – Henning Höne hat es gerade noch einmal gesagt – von der FDP blockiert werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Weiter in die Krise zu sparen, anstatt die Wirtschaft mit Investitionen anzukurbeln, ist – ich muss es wirklich sagen – nicht besonders klug.

Die Folgen sind ein sinkendes Wirtschaftswachstum und sinkende Steuereinnahmen. Um es deutlich zu sagen: Die Jahre der sprudelnden Einnahmen sind vorbei.

(Marcel Hafke [FDP]: Das ist eure Wirtschaftspolitik!)

Wenn sich Christian Dahm von der SPD dann hier hinstellt und erklärt, dass die Haushaltslage nichts

mit der Konjunktur zu tun hätte, dann muss ich feststellen: Okay, dann hat die Haushaltslage auf Bundesebene wohl auch nichts mit der schlechten Performance von Olaf Scholz zu tun. Entschuldigung, das ist doch einfach absurd.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU -Widerspruch von der SPD)

Allein die finanziellen Mehrforderungen der Opposition

(Unruhe – Glocke)

hier in den letzten Tagen und Wochen hat gezeigt, dass der Debatte ein bisschen mehr Realitätscheck ganz gut tun würde.

Auch gerade kam wieder eine ganze Aneinanderreihung von widersprüchlichen Unmöglichkeiten. So kann man doch nicht ernsthaft Politik machen.

(Lachen von der FDP)

Ehrlichkeit und Redlichkeit gehören schon mit dazu, wenn man verantwortungsvoll Politik machen will.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich will noch einmal an die Haushaltsverabschiedung im Dezember letzten Jahres erinnern. Wir wussten hier alle miteinander, dass es ein schwieriges Jahr werden würde. Wir haben es geschafft, in Krisenzeiten einen soliden Haushalt aufzustellen. Wir haben eine Priorität auf die Kleinsten gelegt. Wir haben Kinder, Jugendliche und ihre Bildung in den Mittelpunkt gestellt – auch zulasten der anderen Etats; das will ich noch einmal betonen.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Wir mussten Einsparungen vornehmen. Trotzdem haben wir Prioritäten gesetzt. Ich will auch noch einmal deutlich sagen, dass wir uns an wirklich vielen Stellen mehr gewünscht hätten. An vielen Stellen haben wir den Mehrbedarf gesehen. Aber wir konnten ihn nicht finanzieren.

(Sven Wolf [SPD]: Deswegen klappt das mit der OGS nicht? – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Wir mussten im Haushalt 2024 Einsparungen vornehmen, weil wir nun einmal vorausschauend handeln.

Der Bund hat seine Konjunkturprognose – das werden Sie hoffentlich in den letzten Monaten in den Zeitungen gelesen haben – gesenkt. Es gibt die Faustformel, dass 1 % weniger Wirtschaftswachstum 1 Milliarde Euro weniger Steuereinnahmen auf Landesebene bedeutet.

(Christian Dahm [SPD]: Die Steuerschätzung gab es doch erst gestern!)

Deshalb ist doch klar, dass die Landesregierung schon im Haushaltsvollzug des Haushalts 2024 auf die Ausgabenseite achten muss. Das gebietet auch die Steuerschätzung von gestern. Es gebietet im Übrigen auch der Respekt vor den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, dass wir sparsam mit öffentlichen Geldern umgehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Was wäre denn die Konsequenz, wenn wir nicht auf den Haushaltsvollzug achten würden? Was wäre denn, wenn wir am Ende dieses Jahres mit einem Defizit aus dem Haushaltsvollzug 2024 herausgehen würden? Dann würden sich SPD und FDP lautstark empören.

Das ist aber nicht das Schlimmste; damit können wir umgehen. Das Schlimmere wäre, dass wir ein Defizit im Haushalt 2024 im Haushalt 2026 ausgleichen müssten. Deshalb ist es nur verantwortungsvoll, dass die Ministerien jetzt noch sparsamer als sonst ihre Haushaltsmittel bewirtschaften. Denn die Alternative wäre, dass die Situation für den Haushalt 2026 noch viel härter wäre. Das wäre absolut kurzsichtig und aus meiner Sicht unverantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Steuerprognose von gestern haben wir alle aufmerksam zur Kenntnis genommen und studiert. Sie macht deutlich, dass die nächsten Jahre nicht einfacher werden, wenn alle Rahmenbedingungen so bleiben. Aber wir werden auch dann eine verantwortliche, eine nachhaltige Haushaltspolitik machen.

Das bedeutet auch, dass wir weiter priorisieren müssen. Wir werden uns hier sehr ehrlich machen müssen, welche staatlichen Leistungen wir in welchem Umfang umsetzen können.

(Christian Dahm [SPD]: Jetzt bin ich gespannt!)

Das wird nicht einfach. Wir werden es uns auch nicht einfach machen, weil wir uns der Realität stellen, weil wir Verantwortung übernehmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Schäfer. – Für die AfD hat Herr Dr. Beucker das Wort.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen, geehrte Herren! Schmalhans ist der neue Küchenmeister, wenn ein so entscheidendes Ressort auf Landesebene in NRW wie das Innenressort zu solch dramatischen Sparmaßnahmen aufruft.

Jedoch: Man weiß es nicht so genau. Die aktuelle Faktenlage ist schlecht. Das Parlament wusste eigentlich nicht, was wirklich los ist.

Das kann allerdings nicht sein. Es geht hier um das Königsrecht des Parlaments, das Haushaltsrecht. Wenn die Haushaltslage so ist, wie es sich abzeichnet, hätte das Parlament doch schon längst informiert werden müssen. Es kann nicht sein, dass im März wohl schon im Innenministerium ein Sparkurs gefahren wird, wir aber erst Mitte Mai davon erfahren und ohne diese Aktuelle Stunde immer noch völlig im Dunkeln tappen würden.

Es ist in den Augen der AfD eine Form der Missachtung des Parlaments, dass wir von den Haushaltsproblemen in einem der wichtigsten Landesressorts und überhaupt aus den Medien erfahren.

Angeblich sollen die hohen Tarifabschlüsse Ursache dafür sein. Diese waren bei der Verabschiedung des Haushalts 2024 im Dezember 2023 doch schon bekannt – genauso wie all das, was Kollegin Schäffer uns hier gerade als Ursache für diese Haushaltskrise benannt hat.

Das war doch alles bekannt. Und wenn es bekannt war: Warum ist das in den Haushaltsberatungen nicht eingeplant worden?

Die Tarifabschlüsse betreffen aber nicht nur das personalintensive Innenministerium, sondern sicherlich auch die anderen Ministerien. Bildung, Justiz und Finanzen sind ja gleichermaßen personalintensiv.

Interessant finden wir auch die kolportierte Ansage an die Ministerien, dass die Einsparungen nicht nur wegen der gestiegenen Personalausgaben erfolgen müssten, sondern auch wegen weiterer möglicher Einsparanforderungen aus dem Finanzministerium.

Wir dürfen und müssen vom Finanzminister erwarten, dass er der Bevölkerung und uns hier endlich reinen Wein einschenkt, uns über etwaige Haushalts-sperren informiert und uns die nachfolgenden Fragen beantwortet:

Warum erfahren wir über die Haushaltsprobleme erst aus den Medien? Dort sind sie ja wohl seit März bekannt.

Wie ist die Lage in den anderen Ministerien? Welche Anweisungen hat das Finanzministerium an die anderen Ministerien mit Blick auf die Haushaltslage erlassen? Welche weiteren Anweisungen sind geplant?

Mit welchen Zahlen – wenigstens ungefähr – bei den Steuereinnahmen rechnet die Landesregierung? Der Arbeitskreis Steuerschätzungen tagt ja gerade.

(Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Nein!)

Waren die Haushaltsprobleme des Innenministeriums angesichts der Tarifabschlüsse schon bei der Verabschiedung des Landeshaushalts bekannt? Diese Frage gilt gleichermaßen für die anderen Ministerien.

Wenn ja: Warum hat die Landesregierung nicht im Rahmen des Haushaltsgebungsprozesses eingegriffen? Plant die Landesregierung eine generelle Haushaltsbremse?

Welche Rolle spielt die kritische Lage der Industrie infolge der desaströsen Energiepolitik der Ampel?

Wie ist die Situation in den anderen deutschen Flächenländern?

Plant die Landesregierung, sich an Bestrebungen zur Aufweichung der Schuldenbremse zu beteiligen, um kurzfristig über die strukturellen Probleme hinwegzutäuschen?

Wie genau soll im Innenministerium, aber auch in den anderen Ministerien gespart werden?

Die letzte Frage leitet eigentlich schon zu dem entscheidenden Punkt über: Wir sollten die Notwendigkeit des Sparens auch als Chance begreifen. So können wir endlich einmal anfangen, zwischen wichtigen und unwichtigen Ausgaben zu differenzieren, und den Landeshaushalt langfristig quasi entfetten.

Lassen Sie uns die Wasserköpfe in den Ministerien reduzieren. Bei den Kosten der Migration sollten wir auf das bundesgesetzliche Mindestmaß gehen. Freiwillige Sonderleistungen des Landes für Migranten sind einzustellen.

Einfach wäre es, die Bedienung gesellschaftspolitischer Utopien der Grünen um ihre Ministerin Paul mit irgendwelchen Meldestellen einfach einzustellen. Unheil wird dadurch nicht entstehen, aber Geld gespart.

Lassen Sie uns die grüne Subventionspolitik – thysenkrupp ist ja eben genannt worden – für irgendeine Wirtschaftstransformation beenden. Setzen wir uns lieber für eine 180-Grad-Wende in der deutschen Energiepolitik ein. Sinkende Strompreise wären ein Konjunkturprogramm ungeahnten Ausmaßes. Dann sprudeln auch wieder die Steuereinnahmen. Das tun sie ja derzeit nicht. Wir fangen nämlich jetzt an, die Suppe der Wirtschaftszerstörungspolitik des Herrn Habeck auszulöffeln.

Bei einem Kassensturz, wie er wohl ansteht, kann man feststellen, für was für einen Schwachsinn man Geld ausgibt. Eine allfällige Korrektur entlastet nicht nur in der Krise, sondern auch dann, wenn es wieder aufwärtsgeht. Deshalb gilt es jetzt, den Fokus rigoros auf die Kernaufgaben des Staates zu lenken, um das Ausgabenmonster Staat auf ein gesundes Mittelmaß zu reduzieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Dr. Beucker. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wirtschaftslage in Deutschland ist deutlich schlechter als im Rest Europas. Deutschland erwartet als einzige entwickelte Volkswirtschaft in Europa im Jahr 2024 eine faktische Stagnation, kein Wirtschaftswachstum. Um uns herum ist die Krise schon fast wieder zu Ende.

In dieser Krise sind wir auch deshalb – Frau Schäffer hat es eben angesprochen –, weil wir eine Situation haben, die wir uns alle nicht vorgestellt hätten. Es ist nämlich wieder Krieg mitten in Europa – mit allen Auswirkungen, die es dadurch gibt. Das wird uns als Staat in den nächsten Jahren sicherlich nicht nur bei der Energiepolitik weiter fordern, sondern auch bei der Unterbringung von Flüchtlingen und bei der Umstrukturierung dessen, was wir alles miteinander zu leisten haben.

Die Erfordernisse, die wir haben, sind riesengroß – unabhängig von all den Fragen bezüglich Infrastruktur, Demografie, Fachkräftemangel, Digitalisierung, Zukunftsfähig-Machen des Staates und Anpassen an die Herausforderungen der Zukunft bis hin zu der Frage, wie gutes Arbeiten und gut bezahlte Arbeitsplätze in Deutschland und in Europa in Zukunft aussehen.

Vor diesem Hintergrund wird dann eine Aktuelle Stunde beantragt, in der die Frage gestellt wird, ob aus einem Bewirtschaftungserlass des Innenministers abgeleitet werden kann, dass wir ein strukturelles Haushaltsproblem haben.

Ich sage Ihnen eines: Wir haben als Koalition mit der Art und Weise, wie wir im Kabinett mit der schwierigen Haushaltssituation des Jahres 2023 umgegangen sind, einen großen Erfolg erzielt.

Wir haben uns – anders als andere – so verhalten, wie man das in einer Koalition tut, die für die Menschen arbeiten will, wenn Sparsamkeit erforderlich ist. Wir haben im Haushaltsvollzug im Kabinett alle gemeinsam dafür gesorgt, dass wir mit dem Geld ausgekommen sind, das sogar weniger war, als uns prognostiziert worden war. In 2023 hatten wir nämlich 386 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen als prognostiziert. Wir sind trotzdem mit dem Geld ausgekommen, weil wir alle miteinander sparsam gewirtschaftet haben, Verantwortung übernommen haben und jeweils in den eigenen Ressorts geschaut haben, wie man mit dem Geld der Steuerzahler hinkommt, auch wenn es weniger ist als das, was der Haushaltsgesetzgeber uns zugebilligt hatte.

Deshalb ist der Haushaltsvollzug 2023 ein gutes Beispiel dafür, wie diese Regierung in Nordrhein-Westfalen arbeitet, nämlich mit Schwerpunkten, aber sparsam.

Diese Sparsamkeit – Frau Schäffer hat das eben auch dargestellt – ist die Voraussetzung dafür, dass

wir auch 2024 mit dem Geld auskommen, das der Steuerzahler uns zur Verfügung stellt. Wir werden uns damit beschäftigen, was das, was sich jetzt in der Steuerschätzung abzeichnet, für den weiteren Haushaltsvollzug 2024 bedeutet.

Die Zahlen nach den Pi-mal-Daumen-Regeln sind schon angesprochen worden. Wir werden nächste Woche genauer wissen, wie das in der Regionalisierung aussieht, und werden dann in der Regierung darüber beraten, wie wir weiter damit umgehen.

Aber klar ist – das hatte ich, wie Sie richtig bemerkt haben, auch schon öffentlich erklärt –: Eine Haushaltssperre wird nicht das Mittel der Wahl sein. Eine Haushaltssperre ist nämlich ein flächendeckendes, nicht zielgenaues Mittel. Außerdem würde sie genau dem Kurs widersprechen, den wir in 2023 in einer vergleichbar schwierigen Lage mit Erfolg eingeschlagen haben.

Wir haben es mit Erfolg umgesetzt, indem wir alle miteinander geschaut haben: Wofür können wir Geld ausgeben? An welcher Stelle können wir auch mit weniger Geld das gleiche Ziel erreichen? Wo müssen wir eine Ermächtigung, die der Haushaltsgesetzgeber uns gegeben hat, vielleicht nicht zu 100 % ausschöpfen?

Ein Haushaltsplan – ich glaube, das ist das Missverständnis, dem Sie hier unterlegen sind, Herr Beucker – ist keine Verpflichtung, das Geld, das wir bewilligt bekommen haben, zu 100 % auszugeben. Vielmehr haben wir in dieser Landesregierung neben den Grundsätzen der Etatbindung die zusätzliche Aufgabe, zu schauen, wie sich das Ganze unterjährig entwickelt.

Deshalb haben wir das Thema der Sparsamkeit an jeder Stelle weit oben stehen. Deshalb ist es auch Aufgabe jedes einzelnen Ressorts, zu schauen, wie man im Rahmen der Mittelbewirtschaftung möglicherweise das eine oder andere einsparen kann.

Wir haben im Dezember – um die Frage, was die Vorgaben des Finanzministeriums sind, zu beantworten – unmittelbar nach dem Haushaltsbeschluss eine sehr vergleichbare Haushaltserlassregelung an alle Ressorts gesendet – an die Landtagsverwaltung übrigens auch –, weil sich die Grundsätze der Haushaltsbewirtschaftung nicht geändert haben. Davon ist bisher kein Jota abgewichen worden. Die Vorschriften, an die sich die Ressorts nach dem Erlass zu halten haben, sind völlig identisch geblieben.

Wir werden uns jetzt im Haushaltsvollzug Gedanken darüber machen, wie es sich zum Beispiel auswirkt, dass wir in 2023 weniger Steuern eingenommen haben und der Basiseffekt der Steuereinnahmen sich jetzt wieder in entsprechenden Prozentsätzen abbildet.

Der Haushaltsvollzug ist aber nicht nur durch Steuereinnahmen geprägt. Die Alarmmeldungen, die wir eben gehört haben – ich verstehe das; sonst

bekommt man es am Beginn einer Debatte ja nicht getriggert –, verkennen natürlich völlig, dass es nicht nur Steuereinnahmen gibt, sondern auch viele andere Einnahmearten, aber auch Ausgaben, die einen Haushalt im Gleichgewicht halten oder eben nicht.

Insofern ist die Tatsache, dass die Steuereinnahmen jetzt niedriger prognostiziert werden, nicht automatisch ein Anlass dafür, nach vier Monaten zu sagen: Na ja, wir müssen alles anders denken. – Wir werden uns das in Ruhe anschauen. Wir werden bis zur Jahresmitte auch verlässlicher wissen, an welchen Stellen es Sondereffekte gegeben hat.

Ich will Ihnen nur einmal eines sagen: Die gesamte Systematik der Aufteilung der Einfuhrumsatzsteuer – das sind Milliardenbeträge pro Jahr, die zwischen den Ländern verteilt werden – ist von 2023 auf 2024 umgestellt worden. Dadurch werden Ihnen bei den Steuereinnahmen in dem einen Quartal möglicherweise auf einmal ganz andere Beträge zugewiesen als in dem anderen Quartal. Das müssen wir uns anschauen. Wir werden bis Ende Juni wissen, welche Jahreswirkung eintreten wird.

Ich finde diese Alarmmeldungen zwar politisch verständlich. Sie sind aber kein Anlass dazu, jetzt irgendetwas überstürzt zu tun.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Guten Morgen! Ekstase!)

Es besteht – um den Punkt abzuschließen – aus meiner Sicht schon ein interessanter Unterschied zur rot-grünen Regierungszeit mit einem SPD- Finanzminister.

Herr Kollege Dahm, wenn Sie die Grundfrage beantwortet wissen wollen, nach der Haushaltspolitik betrieben wird: Wir tun das nach dem Prinzip der Sparsamkeit und unter Berücksichtigung der Frage, ob es generationengerecht ist. Ihr Finanzminister, der mein Vorgänger war, hat es häufig genau andersherum gesagt. Er hat immer die Philosophie vertreten, man solle doch mehr Steuern bei den Leuten erheben. Er war der Steuererhöhungsprophet.

(Christian Dahm [SPD]: Halten Sie die Bontpflicht denn für falsch? – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Erinnern Sie sich einmal daran. Wenn Sie jetzt sagen, wir sollten es anders machen, dann hätte ich von Ihnen gerne konkrete Vorschläge, an welchen Stellen Sie die Steuern erhöhen wollen. Darüber können wir hier dann auch diskutieren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD spricht als Nächster ihr Abgeordneter Herr Baer.

Alexander Baer* (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen vor allem von Grünen und CDU, ich danke Ihnen für die ernsthaften Erklärungen und die viele Mühe, die Sie sich gegeben haben, um den finanziellen Zustand des Landes schönzureden.

(Beifall von der SPD)

Um ehrlich zu sein: Ich bin noch immer ziemlich schockiert und geschockt von den Nachrichten über den Stand unseres aktuellen Haushalts in NRW. Bisher sehen wir hier ein Paradebeispiel für schlechte Planung, mangelnde Transparenz und noch schlechtere Kommunikation.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich kurz an Folgendes erinnern: Im Spätsommer vergangenen Jahres lobte Finanzminister Optendrenk seinen Haushaltsentwurf für 2024 noch in den höchsten Tönen. Er sei in Zahlen gegossene Politik – solide, nachhaltig und generationsgerecht.

(Lachen von Fabian Schruppf [CDU] und Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Außerdem seien – ich zitiere erneut – Haushalte auch immer Politikprogramme.

Nun, wir haben die Mitte des Haushaltsjahres noch nicht ganz erreicht, und schon fallen Ihre Berechnungen wie ein Kartenhaus zusammen. Was sagt das bitte über das Politikprogramm der schwarz-grünen Landesregierung aus?

(Beifall von der SPD)

Es ist erstaunlich, dass ihr schon bei der Hälfte der großen Vorhaben die Puste ausgeht. Wenn wir nach diesem Programm gehen, könnten wir uns also sicher bald auf Neuwahlen einstellen; denn die Wahlperiode ist auch bald zur Hälfte abgelaufen.

(Heiterkeit von Christian Dahm [SPD], Christina Kampmann [SPD] und Elisabeth Müller-Witt [SPD] – Beifall von der SPD – Zuruf von Klaus Vossemer [CDU])

Vor dem Hintergrund, dass die Opposition im Bundestag derzeit öffentlichkeitswirksam Krokodilstränen um den Bundeshaushalt 2025 weint und besorgt ist, wie die Ampel das schaffen will, schockiert es mich, dass es die Regierung hier in NRW nicht einmal schafft, das Jahr 2024 vernünftig durchzurechnen. Schon im Mai kommt die Bankrotterklärung. Das ist wirklich peinlich.

(Beifall von der SPD)

Dass der Landesregierung und vor allem dem von mir sehr geschätzten Finanzminister Herrn Optendrenk diese Fehlkalkulation unterlaufen ist, macht mir große Sorgen. Wir warten seit etlichen Wochen und Monaten auf so viele dringende und wichtige neue

Maßnahmen, die bisher von Ministerpräsident Wüst und seinem Kabinett einfach nicht geliefert werden. Und es gibt so viele ebenso wichtige etablierte staatliche Verpflichtungen, die auf gar keinen Fall angeührt werden dürfen. Das macht mir große Sorgen. Ich mache mir Sorgen um unser Land.

Die SPD-Fraktion mahnt beispielsweise seit Langem, dass der Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz quasi vor der Tür steht und die Landesregierung uns dafür ein Ausführungsgesetz sowie eine solide Finanzgrundlage samt personeller Ausstattung schuldet. Geschehen ist, bis auf ein paar warme Worte, bisher nicht viel. Und wie immer bei der Landesregierung stehen die Kommunen im Regen.

(Beifall von der SPD)

Aber nicht nur im Bildungsbereich, sondern auch bei vielen weiteren Ressorts merkt man seit einiger Zeit, dass Schwarz-Grün augenscheinlich große Geldnot hat und seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Dafür haben wir jetzt auch eine Erklärung, aber immer noch keine Lösung.

Die Kommunen warten immer noch auf die klare Linie beim Ganztagsausbau, auf die Unterstützung bei den Flüchtlingskosten oder – oh weh! – auf die Altschuldenlösung. Marode Brücken habe ich jetzt noch vergessen. Aber das wissen Sie alle.

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Minister Optendrenk, was kann also unsere Lösung sein? Sie haben aus dem Schattenhaushalt – sprich: den Selbstbewirtschaftungsmitteln – ja bereits 800 Millionen Euro entnommen. Wie und wann könnte denn dieser Dauerfonds zur weiteren Finanzierung der Landesgeschäfte dienen? Aber es kann doch keine nachhaltige Haushaltspolitik sein, kurzfristig immer wieder in die Portokasse zu greifen.

(Beifall von der SPD – Simon Rock [GRÜNE]:
Ihr wollt doch immer alles abbauen!)

Ich habe bei der Einbringung des Haushalts bereits eindringlich darauf hingewiesen und werde nicht müde, es hier nochmals zu betonen: Dieser Haushaltsentwurf war von vornherein nicht geeignet, um dringend nötige Investitionen in die Zukunft zu sichern. Bei steigenden Zinsen und sinkenden Steuereinnahmen muss ein Haushalt mit Vorsorge und Weitsicht entworfen werden. Ich halte es immer noch für unverantwortlich: Uns wurde in einem Jahr, in dem es absehbar kaum wirtschaftliches Wachstum gibt und in dem eine echte Rezession droht, ein nicht auf die Erhaltung und Förderung unserer sozialen und wirtschaftlichen Strukturen ausgerichteter Haushalt vorgelegt.

Das war bei der Einbringung meine Kritik, und das ist genau das, was uns jetzt auf die Füße fällt.

(Beifall von der SPD)

Die Landesregierung hat in ihrem Haushalt wichtige Bereiche wie die Bildung, soziale Einrichtungen und Umweltmaßnahmen sträflich vernachlässigt. Sie war einfach nicht weitsichtig genug, um solide durch das Jahr zu wirtschaften.

Jetzt auf einmal kommt dann doch die Konjunkturkomponente ins Spiel, obwohl Herr Minister Optendrenk dies in der Haushaltsdebatte noch weit von sich gewiesen hat – zu spät, möchte man meinen, und wieder einmal zu kurzfristig gedacht.

(Beifall von Christian Dahm [SPD])

Sie hangeln sich von Jahr zu Jahr, um nur die laufenden Kosten zu decken. Was in zehn Jahren sein wird, scheint Sie nicht zu interessieren. Das Land steht aber vor strukturellen Herausforderungen, denen nicht mit dem Anzapfen von Sondertöpfen begegnet werden kann. Wir brauchen eine langfristige Planung und vor allem – das beweisen aktuelle Studien – Investitionen. Wenn wir endlich betriebsnotwendige Investitionen tätigen würden, dann gäbe es auch ein Return on Investment; dann zahlten sich diese langfristig aus.

Meine Güte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin nicht der einzige Betriebswirt in diesem Raum, glaube ich. Deswegen: Das ist doch kein Hexenwerk. Das muss doch gelingen.

(Beifall von der SPD)

Ich traue es mich kaum zu sagen, weil dann gleich wieder alle losstöhnen werden – das ist auch der Unterschied zwischen uns, Herr Höne; wir haben schon eine andere Auffassung, was die Belastung von Vermögen und die Schuldenbremse betrifft –: Wie wäre es denn, wenn wir einmal insgesamt über Sinn und Zweck der Schuldenbremse nachdenken würden und sich Herr Wüst vielleicht der Initiative anderer CDU-Ministerpräsidenten anschließen würde?

(Beifall von der SPD)

Denn die Investitionen, von denen ich sprach, zahlen sich aus, auch wenn sie zunächst mit Schulden ermöglicht werden.

Ich denke, wir sehen hier live und in Farbe, wie wenig Sinn es ergibt, ständig den Gürtel enger schnallen zu wollen und dabei die Zukunft aus dem Blick zu verlieren. Nun haben wir den Moment, in dem uns die Konjunkturlage eiskalt erwischt und es nötig wäre, Schulden zu machen, um den Karren aus dem Dreck zu hieven. Und nicht nur das: Investitionen wären notwendig, um die Zukunft und den Wohlstand unserer Kinder zu sichern. Einfach ausgedrückt: Investieren Sie jetzt in ein gutes Bildungssystem, haben wir in einigen Jahren wahrscheinlich weniger Transferleistungen zu zahlen und vor allem mehr dringend benötigte Fachkräfte.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen auch endlich verstehen, dass wir zwischen strukturellen Ausgaben und langfristigen Investitionen zu unterscheiden haben. Dann lässt sich auch mit Schulden vernünftig wirtschaften, ohne dass es einen in den finanziellen Abgrund stürzt. Im Gegenteil: Mit nachhaltigen und zukunftsweisenden Investitionen sichern wir – ich sagte es bereits – den Wohlstand zukünftiger Generationen.

Aber all das hilft uns in dieser Diskussion heute leider nicht. Deswegen kann ich nur hoffen und an die Landesregierung appellieren, dass sie im kommenden Jahr mehr Weitsicht und mehr Mut aufbringt, um einen zukunftssicheren und stabilen Haushalt vorzulegen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Baer. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Herr Lehne.

Olaf Lehne^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Baer! Das Einzige, was ich verstanden habe, ist, dass Sie auf der einen Seite sagen, wir sollten zukunftsweisend denken und handeln,

(Alexander Baer [SPD]: Das überrascht Sie!)

und dann das machen, was die SPD eigentlich immer tut: Schulden fordern.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Genau, Herr Baer; das überrascht mich leider insofern, als dass Sie nichts dazugelernt haben.

(Frank Müller [SPD]: Heute investieren! – Weitere Zurufe von der SPD)

Seit Jahrzehnten sind Sie die Partei, die Nordrhein-Westfalen reichlich in die finanzielle Grütze gefahren hat. Sie fordern es jetzt noch einmal und haben nicht verstanden, wie das System funktioniert. Das kann einen nur ärgern.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Aber lassen Sie mich detaillierter ausführen. Es ist noch nicht lange her, dass auch ich hier vor Ihnen stand und meine Rede zum Haushaltsgesetz 2024 gehalten habe. Doch mir scheint, als hätten Sie, die liebe SPD-Fraktion, schon damals nicht allzu gut zugehört und seitdem auch nicht besonders viel dazugelernt. Sonst wüssten Sie, dass die Aufstellung des Haushalts für das laufende Jahr eine besonders große Herausforderung war. Die Gründe hierfür haben wir Ihnen damals ausführlich dargelegt. Sonst wüssten Sie auch, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seither noch einmal erheblich verschlechtert haben. Die Zahlen wurden hier bereits durch den Kollegen Vossemer vorgetragen.

Ich möchte dazu noch einmal einen Aspekt unterstreichen. Es ist die SPD-geführte Bundesregierung, die hier ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, und es ist auch der Bundesfinanzminister der FDP, der seiner Verantwortung nicht gerecht wird.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Es ist Ihr Bundeskanzler, der meint, alles besser zu wissen, Vertreter der Wirtschaft abkanzelt und nicht dazulernt.

Das Ergebnis davon haben wir gestern im Rahmen der Steuerschätzung erneut präsentiert bekommen. Mit diesem Ergebnis müssen auch wir hier in Nordrhein-Westfalen haushaltspolitisch verantwortungsvoll und mit Weitsicht umgehen. Auch dazu hat Herr Kollege Vossemer alles gesagt.

Wie Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es mit verantwortungsvoller Haushaltspolitik halten, haben wir in den jüngsten Haushaltsberatungen gesehen. Noch im Dezember 2023 haben Sie uns für das Jahr 2024 zusätzliche Ausgaben im Milliardenbereich vorgeschlagen und wollten dafür unter anderem 450 Millionen Euro beim Personal einsparen. Wie verantwortungsvoll!

Heute kann man mit Sicherheit sagen: Zum Glück hat sich die Mehrheit des Landtags Ihrer politischen Geisterfahrt nicht angeschlossen. Sonst wäre nun womöglich tatsächlich eine Haushaltssperre erforderlich. Sonst hätten wir womöglich das Tarifiergebnis nicht eins zu eins umsetzen können oder müssten Einstellungsstopps bei Lehrern und Lehrerinnen sowie Polizisten und Polizistinnen verfügen.

(Christian Dahm [SPD]: So ein Quatsch! – Stefan Zimkeit [SPD]: Kompletter Unfug!)

Wie das damalige Verhalten zeugt das heutige einmal mehr von Ihrem Mangel an haushaltspolitischer Seriosität und dem entsprechenden Können.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Dass Sie aber dann auch noch Krokodilstränen weinen, wenn es einmal enger wird, obwohl Sie bei den Ausgaben immer noch einen draufsetzen wollen, führt Ihre Position völlig ad absurdum.

Unser Finanzminister nimmt es sportlich und gibt Ihnen in seinem Pressestatement, das am Montag in der Allgemeinen Zeitung erschien, eine deutliche und passende Antwort – erlauben Sie mir zu zitieren –: „Wir planen derzeit keine Haushaltssperre.“ Ein solches Instrument ist kein geeignetes Mittel, „eine sparsame Haushaltsführung im normalen Haushaltsvollzug zu fördern“.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP]: Was heißt „derzeit“? – Christian Dahm [SPD]: Derzeit! Genau!)

Ihr Vorwurf einer Haushaltssperre durch die Hintertür ist somit völlig haltlos und bereits abgeräumt. Die Aktuelle Stunde ist daher überflüssig.

Im weiteren Verlauf Ihres Antrags schildern Sie sodann die Aussage unseres Finanzministers Dr. Marcus Optendrenk, er wolle generell staatliche Leistungen auf den Prüfstand stellen, um finanzielle Spielräume zu erhalten. Die Aussage steht allerdings in keinem Zusammenhang mit dem Bericht der Rheinischen Post, den Sie zitieren, sondern trägt der allgemein angespannten Haushaltslage in diesem Jahr Rechnung.

Niemand braucht sich Sorgen zu machen, wir würden bei der Polizei sparen. Schließlich ist die innere Sicherheit Kernaufgabe des Staates und auch Kernforderung dieser Koalition.

(Christian Dahm [SPD]: 10 %!)

Trotzdem suggerieren Sie anderes.

Warum die aktuelle Lage unseres Landeshaushalts angespannt ist, habe ich eingangs hinreichend erläutert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Wir machen unseren Job. Wir navigieren verantwortungsvoll durch die Krise.

(Lachen von Jochen Ott [SPD])

Wir investieren kräftig in die Zukunft unseres Landes. Damit wir das weiterhin zielgerichtet tun können, bewirtschaftet die Landesregierung den Haushalt mit Umsicht. Wir wollen keine Schulden machen.

Dass Ihnen das fremd ist, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ist uns hinlänglich bekannt. Angelehnt an Franz Josef Strauß

(Lachen von der SPD)

könnte man wohl sagen: Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein nordrhein-westfälischer Sozialdemokrat die Prinzipien von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Nun kurz zu Herrn Höne: Es gab mal eine Mittelstands- und Wirtschaftspartei FDP. Die gibt es offensichtlich nicht mehr. Das zeigt sich in Berlin permanent. Das zeigt sich auch bei Ihren Ausführungen. Phrasendreschen alleine hilft nicht.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das sagt der Richtige! – Zurufe von der SPD)

Es wäre schön, wenn Sie mal wieder zu den Realitäten zurückkehren würden. Dann würden sich wahrscheinlich die Meinungsumfragen für die FDP auch wieder zum Positiven verändern.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Zusammengefasst können wir feststellen: Die Behauptung, dass die Landesregierung hier eine Haushaltssperre durch die Hintertür durchzusetzen versucht, ist schlichtweg falsch. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zurufe von Jochen Ott [SPD] und Ralf Witzel [FDP])

Präsident André Kuper: Für die FDP hat der Abgeordnete Herr Witzel das Wort.

Ralf Witzel¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Lehne, ich kann direkt bei Ihnen anknüpfen. Eines finde ich nicht fair von Ihnen und von anderen Debattenrednern der Koalition: Je nachdem, wer spricht, ist mal Bundeskanzler Olaf Scholz, mal Bundesfinanzminister Christian Lindner der Böse. Und wenn wir hier über die Frage der Wachstumsschwäche streiten, dann hat das mit grüner Wirtschaftspolitik in Bund und Land nichts zu tun. Das ist unterkomplex.

(Beifall von der FDP und der SPD – Widerspruch von den GRÜNEN)

Da können Sie sagen, Robert Habeck sei eine Fehlbesetzung im Bund. Ich will mich an dieser Stelle gar nicht dazu äußern, aber dann müssen Sie sich doch auch hier die Frage stellen, warum Sie den Grünen die Verantwortung in der Wirtschaftspolitik dieses Landes geben. Das ist doch auch Ihre Entscheidung als CDU gewesen mit diesem Koalitionsvertrag.

Aber zurück zur Sache: Gestern hat Bundesfinanzminister Lindner die Ergebnisse der 166. Steuerschätzung vorgestellt. Demnach ist klar: Die deutsche Wachstumsschwäche sorgt dafür, dass die Steuereinnahmen nach aktueller Prognose in diesem Jahr geringer ausfallen werden, als noch bei der letzten Schätzung im Herbst 2023 erwartet wurde.

Mindereinnahmen sind bei fast allen aufkommensstarken Gemeinschaftssteuern zu erwarten, deutliche Mehreinnahmen gibt es nur bei der Kapitalertragsteuer, da die EZB ihre jahrelange Negativ- und Niedrigzinspolitik vorübergehend geändert hat und zumindest bis zur Europawahl wenigstens ein moderates Zinsniveau gewährt, auch wenn sie damit weit hinter der US-Notenbank Fed zurückbleibt. Aktuell beträgt der Zinssatz der Fed im Dollarwährungsraum 5,5 %. Eine zu befürchtende schnelle Zinssenkung der EZB kostete den Euro Stabilität. Das wäre kein guter Standortfaktor, ist aber von uns hier nicht unmittelbar zu beeinflussen.

Die regionalisierte Steuerschätzung für das Land Nordrhein-Westfalen liegt heute noch nicht vor. Die Plausibilität lässt aber berechtigterweise den Schluss zu, dass weniger Wirtschaftswachstum auch in Form geringerer Steuereinnahmen im Landeshaushalt

ankommen wird. Das Land kann sich dabei in Teilen trösten. Ein Großteil der Einnahmeausfälle trifft den Bundeshaushalt. Die Mindereinnahmen im Landeshaushalt sind unterdurchschnittlich und deren Kompensation daher weniger komplex. Das erleichtert Ihnen Ihre Arbeit.

Das Land Nordrhein-Westfalen darf ferner hoffen, dass über den Länderfinanzausgleich Steuermindereinnahmen zumindest teilweise durch wirtschaftlich stärkere Bundesländer aufgefangen werden. Das ist zwar nicht wirklich schmeichelhaft, hilft Ihnen aber natürlich im Umgang mit der Lage.

Diese Umstände dürfen aber für Sie ausdrücklich kein Grund sein, sich auszuruhen. Die wichtigste Erkenntnis lautet: Es bestehen keine Spielräume für immer mehr Umverteilung und Sozialkonsum. Die nordrhein-westfälische Landesregierung muss in Zeiten engerer Ausgabemöglichkeiten endlich Prioritäten im Haushalt setzen. Das gilt für den Vollzug des laufenden Haushalts 2024 wie für die Haushaltsaufstellung für 2025, deren Ergebnisse uns der Finanzminister bald, in wenigen Wochen, präsentieren wird.

Ein bloßes Überrollen bisheriger Haushaltspositionen hilft da nicht weiter. Sie, Herr Finanzminister, müssen gezielt Schwerpunkte setzen, was Sie zukünftig einerseits mehr für Wohlstand und Wachstum zu finanzieren gedenken und von welchen Aufgaben sie sich andererseits verabschieden wollen. Diese politischen Leitentscheidungen müssten getroffen, transparent kommuniziert und dann politisch debattiert werden.

Für die FDP-Landtagsfraktion gilt: Die wichtigste Aufgabe dieser Landesregierung muss darin bestehen, eine erfolgreiche Wirtschaftswende einzuleiten. Ökonomisches Nullwachstum führt schnell auch zu null Steuerwachstum. Umgekehrt gilt: Eine intelligente, marktwirtschaftliche, wachstumsfördernde Politik bringt gleichermaßen mehr Wohlstand und mehr Handlungsfähigkeit für die Staatsfinanzen.

(Beifall von der FDP)

In diesem Feld müssen Sie endlich liefern. Und Sie müssen ein Weiteres machen: Sie müssen den Dschungel völlig intransparenter Förderprogramme lichten. Teilweise werden Bagatellbeträge mit immens aufwändigen vorgelagerten Bewilligungs- und nachgelagerten Verwendungsnachweisverfahren ausgekehrt. Oftmals setzen Sie dann auch noch Fehlanreize. Damit muss jetzt endlich Schluss sein.

Ich will des Weiteren klar sagen – weil auch gerade wieder viel über die Schuldenbremse debattiert wurde –: Die Schuldenbremse darf selbstverständlich nicht zur Disposition stehen. Die Schuldenbremse ist ohnehin Verfassungsrecht, sie ist aber vor allem die beste Inflationsbremse und zugleich unsere Verantwortung für generationengerechte Finanzen. Sie, Herr Finanzminister, sollten daher hier und heute

erklären, wie Ihre aktuellen Interviewäußerungen zu mehr Flexibilität bei der Konjunkturkomponente zu interpretieren sind.

Uns lag gestern wieder ein Antrag der Koalition vor, in dem man sich mit Nachhaltigkeit befasst hat. Nachhaltigkeit haben Sie gestern vor allem im Sinne zahlreicher bürokratischer Auflagen von Sustainable Development Goals interpretiert. Wichtiger als bürokratische Vorgaben, die öffentliche Finanzen und private Bilanzen betreffen, ist aber ein Verständnis von Nachhaltigkeit, welches besagt, dass der Staat grundsätzlich mit den Einnahmen einer Wahlperiode für die Deckung seiner Ausgaben derselben Wahlperiode auskommen muss.

Ich glaube Ihnen, Herr Finanzminister, dass Sie das grundsätzlich auch so sehen. Ihre grüne Vizeministerpräsidentin fährt Ihnen aber regelmäßig mit Karacho in die Parade und behauptet das Gegenteil. Sie können diese Aktuelle Stunde nutzen, um heute auch in dieser Frage noch für Klarheit zu sorgen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Rock.

Simon Rock (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner hat es schon gesagt: Seit gestern kennen wir die neueste bundesweite Steuerschätzung. Genaue Zahlen für Nordrhein-Westfalen werden wir erst nächste Woche erfahren. Aber der Trend ist in der Tat richtig. Man kann jetzt schon sagen: So wirklich prickelnd sind die Ergebnisse nicht.

Aber kann uns diese Erkenntnis wirklich überraschen? Steuersenkungen wie durch das Wachstumsschancengesetz führen zu weniger Steuereinnahmen. Das ist für mich in etwa so überraschend wie die Erkenntnis, beim Duschen nass zu werden. Sie mögen mitunter als FDP das Gegenteil behaupten, ...

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

... also nicht, beim Duschen nicht nass zu werden, sondern dass Steuersenkungen zu mehr Steuereinnahmen führen. Hier haben wir es wieder schwarz auf weiß.

(Beifall von den Grünen – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

An die Adresse der SPD gerichtet:

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wenn ich den Kollegen Baer eben richtig verstanden habe, ist die Antwort: mehr Geld. Das kann man fordern, aber auf Bundesebene machen Sie ja das

genaue Gegenteil. Das zeigt doch, dass Ihr Kartenhaus „Mehr Geld“ für die jetzige Haushaltssituation jetzt schon zusammengefallen ist.

Vor diesem nicht einfachen Hintergrund versucht die gesamte Landesregierung notgedrungen, über alle Ressorts hinweg da Ausgaben zu reduzieren, wo es möglich ist, und zwar in einer gemeinsamen Kraftanstrengung, ohne mit dem Finger auf den Koalitionspartner zu zeigen. Das ist keine Überraschung, das ist auch kein Skandal, sondern das ist logisches und verantwortungsvolles Regierungshandeln.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Erlass des Finanzministers vom Dezember letzten Jahres, sorgsam mit Landesmitteln umzugehen, ist doch auch nichts sonderlich Neues. Es war nicht die erste und sicher auch nicht die letzte Aufforderung von Minister Marcus Optendrenk an seine Ministerkollegen zum sparsamen Umgang mit Steuergeldern. Wo ist denn da das Problem? Es ist doch genau sein Job, das zu tun. Umgekehrt wird doch ein Schuh daraus: Wir alle müssten ihn kritisieren, wenn er es nicht täte.

Es tut mir leid, auch um Ihre Skandalisierungsversuche, aber noch nicht einmal ein eigenständiger Erlass des Innenministers, in seinem Geschäftsbereich Mittel einzusparen, ist etwas Bemerkenswertes. Wie Sie wissen, ist das Innenministerium ohnehin in allererster Linie durch Personalausgaben gekennzeichnet, bei denen nicht pauschal gekürzt werden kann. Auch hier gilt: Was ist falsch daran, wenn Herbert Reul sein Ministerium dazu aufruft, Steuergelder sparsam einzusetzen?

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Was bleibt am Ende also von dieser Debatte übrig? Das Land verzeichnet weniger Steuereinnahmen als erwartet und reagiert darauf mit dem einzig sinnvollen Weg, nämlich mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung der gesamten Koalition, um Einsparungen und Effizienzgewinne zu ermöglichen. Das ist kein Skandal, das ist keine Überraschung, sondern ein normaler Vorgang schon vor der Veröffentlichung der Steuerschätzung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Schwarz-Grün führt Nordrhein-Westfalen geräuschlos durch eine konjunkturell angespannte Lage. Wir schieben eben nicht dem Koalitionspartner die Schuld in die Schuhe, wenn es mal schwieriger wird. Für Sie als Opposition mag das eine schlechte Nachricht sein. Für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land hingegen ist es eine gute Nachricht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Für die Fraktion der AfD spricht der Abgeordnete Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Innenministerium ruft zum Sparen auf. Doch wo ist das Geld geblieben? Vielleicht könnte da Innenminister Herbert Reul aushelfen. Er könnte beispielsweise die rund 30.000 Euro zur Verfügung stellen, die sein Kreisverband vom Hauptverdächtigen der Schleuserbande unter anderem für seinen persönlichen Wahlkampf erhalten hatte.

(Zuruf von Olaf Lehne [CDU])

– Ich genieße die Aufregung von der CDU.

Das ist übrigens Geld von einer Schleuserbande,

(Zuruf von der SPD)

die ihre kriminellen Geschäfte hauptsächlich über das Ausländeramt von Sybille Haußmann, der ehemaligen Landtagsabgeordneten der Grünen und jetzigen Ehefrau von Verkehrsminister Krischer, ausgeführt haben soll. Grund: In dem Amt soll zu lax geprüft werden worden sein. Welcher Schaden dadurch für den Haushalt entstanden ist, ist noch unklar.

Nein, diese 30.000 Euro vom mutmaßlichen Schleuserchef für Herbert Reul und auch die mehr als 20.000 Euro für andere Kreisverbände der CDU und der Jungen Union können die großen Haushaltslücken nicht schließen. Da braucht es schon größere Summen. Da rede ich auch nicht von den mutmaßlichen 300.000 Euro Schmiergeld für den SPD-Funktionär Jens Bröker, der ebenfalls dem Schleuserring angehören soll. Nein, wir brauchen noch größere Summen – Millionen, besser Milliarden.

Geholfen hätten beispielsweise die Milliarden, die für Masken und Spritzen verschleudert wurden, um ein Coronanarrativ aufrechtzuerhalten, Herr Brockes.

Milliarden, die im Haushalt fehlen, ob in NRW oder im Land, sind ein Problem für alle Steuerzahler, egal ob wir von der Krankenschwester oder dem Busfahrer reden, die beide jeden Tag mit ehrlicher Arbeit dafür sorgen, dass Deutschland am Laufen gehalten wird. Diese Steuerzahler können nicht verstehen, warum die Politiker nicht mit dem Geld auskommen und ständig neue Gelder fordern, statt zu sparen, und vor allen Dingen, warum die Verschwendungen der Vergangenheit nicht aufgearbeitet werden.

Je größer die Verschwendungen, je größer der Schaden für die Steuerzahler, desto lauter ist das Schweigen der GEZ-Medien. Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. Die Bürger kennen das. Einer KassiererIn wird wegen eines Pfandbons von 3,25 Euro gekündigt. Bei Veruntreuung von Millionen und Milliarden passiert Politikern nichts: veruntreute Millionen bei Cum-Ex-Geschäften, die in der Zustän-

digkeit von SPD-Bundeskanzler Scholz lagen, Milliarden aufgrund von vernichteten Coronaspritzen – ein Deal, ausgehandelt per SMS durch CDU-Frau von der Leyen –, Vernichtung von Milliardenwerten durch das Abschalten von Kernkraftwerken durch den Grünen Robert Habeck unter Beihilfe vom FDP-Mann Christian Lindner, und zwar obwohl die Sachverständigen das Weiterführen der Kraftwerke empfohlen haben.

Wenn man die Milliarden, die durch Verschwendung, Veruntreuung und ideologische Politik zusammenkommen, nehmen würde, dann hätten wir heute keine Debatte über eine Haushaltssperre.

Aber in Deutschland fehlen die Gelder. Ein Grund ist auch die Teuerpolitik der regierenden Regenbogenparteien: hohe Energiepreise, hervorgerufen durch die zwanghaften Energiewendemaßnahmen, durch Abschalten von Kern- und Kohlekraftwerken, zuletzt, noch im April, 15 Kohlekraftwerke, auch abgeschaltet durch die antragstellende SPD. Wer das Angebot an Strom verringert, braucht sich nicht zu wundern, dass die Strompreise steigen.

Hohe Strompreise treffen die Landesregierung, die Kommunen und alle Bürger direkt. Bei den Unternehmen ist es aber noch schlimmer. Hohe Energiepreise würgen die Produktion ab. Speira hat deshalb Hunderte Mitarbeiter entlassen. Bei thyssenkrupp sind es bald Tausende. Die entlassenen Mitarbeiter zahlen keine Einkommensteuer mehr, die Unternehmen zahlen keine Gewinnsteuern mehr, und der Finanzminister klagt dann hier über sinkende Steuereinnahmen.

Eine Umkehr und damit eine Verbesserung des Haushaltes könnte man erreichen, wenn man die Energiepreise signifikant reduzieren würde. Das schafft Freiraum für die Unternehmen, brächte Steuern und Wirtschaftswachstum. Wer aber an der Klimareligion festhält und weiter mit hohen CO₂-Steuern die Wirtschaft abwürgt, der braucht sich dann nicht über die Probleme beim Haushalt zu wundern.

Doch Sie verteuern nicht nur die Energie. Bauen wird durch Ihre Politik ebenfalls teurer, nämlich durch Dämm- und Heizungswahnsinn. Das erhöht auch die Haushaltsausgaben von Land und Kommune, denn der Staat ist einer der größten Bauauftraggeber. Die Bauwirtschaft liegt am Boden. Weniger Bauen bedeutet weniger Steuern durch die Unternehmen und die Arbeitnehmer und wieder ein Problem für den Bundes- und Landeshaushalt.

Insgesamt führt die Regenbogenpolitik deutschlandweit zu Problemen in allen Haushalten. Da müssen die Klimahüpfer bzw. Klimabeauftragten in den Kommunen bezahlt werden. Da müssen Genderbeauftragte bezahlt werden. Da muss ein Überwachungsdienst bezahlt werden, um die Meldestellen gegen Regierungskritik zu unterhalten. All das liefert keine Wertschöpfung für unser Land, sondern dient dazu, eine rosarote Regenbogenwelt zu finanzieren, die

sich dann moralisch erheben auch mal für eine Demo gegen die Opposition zur Verfügung stellt.

Wenn man sparen möchte, dann sollte man die unnützen Regenbogen-Klimaretter-Projekte einstellen. Das spart Millionen allein im Land NRW. In ganz Deutschland könnten allein 67 Milliarden Euro an Subventionen eingespart werden – ebenfalls meist Geld für Regenbogen-Klimaretter-Politik.

Auch muss man sich die Frage stellen, warum hier jeder, der die deutsche Grenze überschreitet, den Pass wegwirft und „Asyl“ ruft, über kurz oder lang einen quasi dauerhaften Bürgergeldanspruch erhält. Es ist ein Bürgergeldanspruch für Personen, die hier in Deutschland noch nichts geleistet haben – bezahlt von den Menschen, bezahlt von der Krankenschwester und dem Busfahrer.

All das sind Belastungen für den Sozialhaushalt und damit auch für den hier diskutierten Haushalt. Wir müssen endlich damit anfangen, an die deutsche Bevölkerung zu denken, statt Projekte in Indien und Ghana zu finanzieren. Denn auch die Hilfsbereitschaft unseres fantastischen Volkes ist endlich. Für Freiheit, Wohlstand und Vernunft! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke sehr, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Land Nordrhein-Westfalen hat 165 Milliarden Euro Schulden und zahlt dafür im Moment etwa 3 Milliarden Euro Zinsen pro Jahr. Das sind weitestgehend sozialdemokratische Schulden der Vergangenheit, für die wir bis heute zahlen.

Sie sind wesentlich entstanden aufgrund eines unterbliebenen Strukturwandels und einer unterbliebenen Veränderungsbereitschaft in den 70er-, 80er- und bis Mitte der 90er-Jahre. Der erste von Ihnen, der verstanden hatte, dass das so nicht weitergehen konnte, war ab 1995 der damalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement. Da war der Schuldenstand aber schon fast so hoch wie jetzt. Und weil Geld wieder Geld kostet und wir nicht davon ausgehen können, dass dies in Zukunft anders sein wird, tragen wir diese Lasten immer noch vor uns her.

Was wir in Nordrhein-Westfalen jetzt tun müssen – wir tun es auch sehr entschlossen, wie Sie anhand der Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung auch sehen –, ist, die Strukturen zu verändern und Rahmenbedingungen zu schaffen, und zwar nicht nur im Rheinischen Revier. Wir subventionieren nicht mit 10 Milliarden Euro aus Steuermitteln jemanden, der im märkischen Sand eine Chipfabrik baut, sondern hier fließen mehr als 3 Milliarden Euro eigenes Geld von Unternehmen

nach Nordrhein-Westfalen, und drumherum entsteht Wirtschaftsinfrastruktur des 21. Jahrhunderts. Das ist die Wirtschaftspolitik dieser schwarz-grünen Koalition.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Danke, Olaf Scholz!)

Das führt dazu, dass die Wirtschaft wieder Vertrauen in diesen Standort bekommt, den Sie, so wie Sie in Berlin arbeiten, infrage stellen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wie viel Geld kommt denn vom Bund?)

Der Mehltau liegt nicht wegen irgendeiner christdemokratischen Politik der Vergangenheit über diesem Land, lieber Henning Höne, sondern – das können wir in allen Umfragen sehen, und man kann übrigens auch den Wirtschaftsweisen zuhören; es steht in dem aktuellen Gutachten – weil das größte Standortrisiko für Deutschland derzeit in dieser Bundesregierung besteht. Das ist eine Regierung, in der jemand gesagt hat „besser regieren als wieder in die Opposition gehen“ oder so ähnlich – ich glaube, es war dein Parteivorsitzender.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Die Investitionsquote im Land Nordrhein-Westfalen ist jetzt deutlich höher als in den vergangenen Jahren. Sie beträgt im Haushalt 2023 11 %; das ist deutlich mehr, als wir über viele Jahre im Haushalt hatten. Das ist nichts, was uns zufriedenstellen muss, aber die Legende, es würde an Investitionen gespart, ist schlicht falsch.

Wir haben aber einen solchen Investitionsstau – Verna Schäffer hat darauf hingewiesen –, dass wir den jetzt auf allen staatlichen Ebenen aufholen müssen. Die Frage ist nur: Wie kriegen wir manches auf die Baustelle? Wir haben zum Teil gar nicht mehr die Menschen, die es tun.

Wir haben Probleme mit dem Vergaberecht, das wir entschlacken müssen – es kommt aus der EU und zum Teil aus dem Bund – und ist viel zu bürokratisch. Daran setzen wir an. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gerade Vergaberechtserleichterungen verlängert, damit man schneller auf die Baustelle kommt und Vergaben schneller vonstattengehen.

Das alles wird von der Opposition natürlich nicht so aktiv dargestellt. Das verstehe ich auch, aber dann sollten Sie wenigstens aktiv darstellen, dass wir beispielsweise beim Hochschulbau die größte Veränderung der letzten 50 Jahre durchgeführt haben. Wir haben dafür gesorgt, dass wir durch eine grundlegende Veränderung des Verfahrens schneller auf die Baustelle kommen. Das ist ein großes Verdienst unserer Hochschulministerin und ein Zeichen für die Flexibilität des Bau- und Liegenschaftsbetriebs, des Finanzministeriums und dieser ganzen Landesregierung. Wir werden in Zukunft schneller sein, dadurch

Baukostensteigerungen verhindern und dafür sorgen, dass Wissenschaft und Bildung beste Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen haben können.

(Beifall von der CDU und Simon Rock [GRÜNE])

Es mag so sein, dass diese Regierung keine so große Trompete dafür im Arsenal hat, wie das bei jedem Sozialdemokraten normalerweise der Fall ist, wenn er irgendein Förderprogramm angekündigt hat. Das ist möglicherweise ein Versäumnis; wir sollten vielleicht eine größere Trompete für das Ressort von Frau Brandes bestellen,

(Heiterkeit von Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft – Henning Höne [FDP]: Es scheitert nicht an zu wenig Öffentlichkeitsarbeit!)

um es auch ins Land zu tuten, damit man auch weiß, was hier gemacht wird. Wir betreiben aktive Strukturveränderungen und schaffen die Zukunft und die Voraussetzungen für beste Bildung.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: So viele Fotografen wie ihr habt! – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Ein weiteres Beispiel – der Kollege Dahm hatte es noch nicht mitbekommen, deshalb möchte ich ihm helfen, das genauer kennenzulernen; er kann am 6. Juni im HFA sogar zustimmen –: Das Startchancen-Programm ist in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen schon für über 400 Schulen auf dem Weg. Kollegin Feller hat die Verwaltungsvereinbarung im April unterschrieben. Die aufgrund der Regelung, die der Haushaltsgesetzgeber im Dezember verabschiedet hat, notwendige Ergänzung des Haushalts muss am 6. Juni im HFA geschaffen werden. Die Vorlage des Finanzministeriums liegt Ihnen vor. Sie können zustimmen und aktiv etwas für die Zukunft guter Bildung in Nordrhein-Westfalen tun.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Wer hat es gemacht? Woher kommt das Programm? Nicht Ihr Programm! – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Würden Sie dann noch darauf einwirken, dass im Bund das Verständnis dafür wächst, dass die Herausforderungen der Flüchtlings- und Migrationspolitik auf europäischer und auf deutscher Ebene nicht nur in der Rhetorik Ihres Kanzlers und Ihrer Innenministerin, sondern in die Tat umgesetzt werden, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, damit die Menschen hier tatsächlich anders behandelt werden können, und dass Migration in Europa fair gemeinsam aufgefangen wird, dann hätten wir schon etwas geschafft.

Bis dahin zahlen wir den größten Teil dessen, was die Kommunen bekommen. Deshalb haben wir 3 Milliarden Euro im Haushalt.

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Deshalb habe ich übrigens auch in der Pressebe-
richterstattung gesagt, wir könnten nicht jedes Jahr
eine weitere Milliarde Euro über Sondervermögen für
Flüchtlinge aus der Ukraine geben, wie wir das im
vergangenen Jahr mit dem Sondervermögen ge-
macht haben.

Es wäre angemessen, wenn sich der Bund in der
Weise an den Kosten der Flüchtlingsunterbringung
beteiligte, wie das in der Regierung Merkel passiert ist,
nämlich mit 40 %. Er tut es jetzt mit weniger als 20 %.

(Beifall von der CDU – Olaf Lehne [CDU]:
Hört, hört!)

Unter dem Strich stelle ich fest: Sie haben sehr viele
Fragen aufgeworfen.

(Christian Dahm [SPD]: Aber Sie haben keine
Antworten gegeben! – Stefan Zimkeit [SPD]:
Sie haben nicht geantwortet!)

– Sie haben viele Antworten bekommen. – Sie haben
aber insbesondere auf alle Ihre selbst gestellten
strukturellen Fragen keine Antwort. Die hatten Sie
weder im Haushaltsberatungsverfahren 2024 noch
haben Sie sie jetzt. Deshalb ist das, was wir als Ko-
alition tun, richtig: Wir regieren dieses Land mit Weit-
sicht und mit Sparsamkeit, und wir werden die not-
wendigen Schritte unternehmen, um das auch in Zu-
kunft in der Haushalts- und Finanzpolitik zu machen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von
den GRÜNEN – Thomas Göddertz [SPD]:
Welche denn?)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank,
Herr Minister Dr. Optendrenk. – Da mir keine weite-
ren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich diese Ak-
tuelle Stunde.

Wir kommen zu:

2 Viertes Gesetz zur Änderung des Landespla- nungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7534

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9282

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/9241

dritte Lesung

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den
Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie Drucksache 18/9197 –
Neudruck – zur zweiten Lesung.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-
Fraktion dem Abgeordneten Dr. Untrieser das Wort.

Dr. Christian Untrieser^{*)} (CDU): Vielen Dank. – Herr
Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein gutes
Gesetz hat es auch verdient, dass es eine dritte Le-
sung bekommt. Deswegen bin ich froh, dass wir
heute Morgen noch einmal darüber diskutieren könn-
en.

Ich bemühe mich nun, um an die Worte unseres Fi-
nanzministers vorhin anzuschließen, eine große
Trompete zu sein, denn in der Tat ist richtig: Was wir
vorlegen, ist wirklich ein in der Wirtschaftspolitik nicht
zu vernachlässigender Wurf. Das ist ein gutes Ge-
setz; ein wichtiger Baustein für gute und wichtige
Wirtschaftspolitik.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich gebe zu: „Viertes Änderungsgesetz des Landes-
planungsgesetzes“ klingt nicht so besonders sexy.
Ich habe gestern und vorgestern auch mit dem einen
oder anderen Kollegen gesprochen: Es ist gar nicht
so leicht, allen deutlich zu machen, dass das wirklich
ein großer Wurf ist, aber das ist es in der Tat.

Deswegen möchte ich Stimmen aus der Wirtschaft,
beispielsweise von unternehmer nrw zitieren: Das
Planungsrecht ist ein zentraler Hebel mit Blick auf
eine wirtschafts- und transformationsfreundliche Flä-
chenpolitik. Schnelle und digitale Verfahren sind we-
sentlich für eine bedarfsgerechte Flächenentwick-
lung in Nordrhein-Westfalen. – Die IHK sagte zu un-
serem Gesetz: Das ist ein wichtiges politisches Sig-
nal. Sie merken: Von vielen Stellen der Wirtschaft
wird es gelobt. Viele in der Wirtschaft sagen:
Schwarz-Grün geht hier einen richtigen Schritt.

Ich will noch einmal einige Aspekte aus diesem Ge-
setz herausgreifen. Wir implementieren mehrere Be-
schleunigungsinstrumente. Wir haben zum einen an
vielen Stellen Fristverkürzungen vorgenommen.
Überall, wo im Landesplanungsgesetz eine Frist
stand, zum Beispiel drei Monate, haben wir gesagt:
Diese drei Monate streichen wir; daraus werden jetzt
ein Monat oder sechs Wochen. – Wo ein Monat
stand, haben wir gesagt: Daraus werden zwei Wo-
chen. – Das sind ganz wichtige Bereiche. Viele aus
der Wirtschaft haben gesagt: Das ist genau der rich-
tige Weg. Wir müssen schneller werden; wir müssen
zügiger vorankommen.

Als zweites Element ist in diesem Gesetz das Paral-
lelverfahren von Landesplanung und Regionalpla-
nung eingeführt worden. Auch das ist zugegebener-
maßen vielleicht etwas für Feinschmecker, die sich
damit auskennen, aber auch das sorgt im Endeffekt